



Schutzzoll

für die

Eisen-Erzeugung Deutschlands

und

für alle aus deutschem Eisen und Stahl gefertigten Waaren

ist

aus staats- und volkswirthschaftlichen Gründen dringend nöthig.

Nach mehrjährigen Erfahrungen
dargestellt
vom

Ober-Zehntner T. L. Hasse
zu
Dresden.



Leipzig, 1850.
Verlag der Rein'schen Buchhandlung (K. Heubel).


THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES

Schutzzoll

für die

Eisen-Erzeugung Deutschlands

und

für alle aus deutschem Eisen und Stahl gefertigten Waaren

ist

aus staats- und volkswirthschaftlichen Gründen dringend nöthig.

Nach mehrjährigen Erfahrungen

dargestellt

vom

Ober-Zehntner T. L. Hasse

zu

Dresden.

Leipzig, 1850.

Verlag der Rein'schen Buchhandlung (R. Heubel).

Vorwort.

Bekanntlich ist die Abhaltung einer Tarifconferenz im Einverständnisse aller Zollvereinsstaaten schon während der letzten zwei Jahre aus dem ganz richtigen Grunde verschoben worden, weil die Abänderung der politischen Gestaltung von Deutschland und die damit zusammenhängenden Fragen nach einer Erweiterung des Zollvereins es unräthlich machte, Abänderungen in den Grundsätzen des Tarifs vorzunehmen, welche nach der einen oder der andern Seite hin zum Nachtheil gereichen könnten. Auch jetzt noch (Juli 1850) ist die Frage des Anschlusses von Norddeutschland völlig unerledigt, die Frage wegen des Anschlusses von Oesterreich aber sehr nahe gerückt. In ersterer Beziehung ist man noch ganz ungewiß darüber: ob die norddeutschen Regierungen jeden industriellen Schutz verweigern, oder nur in den preußischer Seits in der Denkschrift unerwähnt gelassenen Colonialwaaren- und Weinzöllen Concessionen verlangen.

Jedenfalls bedarf sowohl der Fabrik- als der Handelsstand, und unter dem ersteren der, welcher aus den entopischen Gewerben — dem Acker- und Bergbau — und den aus diesen Grunderzeugnissen des gesammten deutschen Vaterlandes sich in tausendfältigen Fäden unter der arbeitenden Volksklasse überallhin vertheilt, eine dauernde Feststellung im Zolltarif. Jede rasche oder schroffe Schwankung des Tarifs würde im Fabrik- und Handelsstand, besonders im Bergbau und Hüttenbetrieb, große Verluste herbeiführen.

In diesem Betracht wird der Wunsch, daß sich die Zollconferenz in Kassel vor allen Dingen mit den obschwebenden Anschlußfragen beschäftigen und nur dann erst zu Tarifänderungen übergehen möge, gerechtfertigt. Wenn dabei einer Seits die Interessen Norddeutschlands und der Seestädte,

eben so wie anderer Seits Süddeutschlands und Oesterreichs und die Denkschrift der letztgenannten Regierung vor den Verhandlungen über etwaige Tarifveränderungen zu berücksichtigen nothwendig erscheint; so dürfte doch allen Schaffern und Verarbeitern der Grunderzeugnisse Deutschlands, gegenüber der des Auslandes, allen Regierungen und Besitzern von Berg- und Hüttenwerken, denen, aus politischen, aus staats- und volkswirthschaftlichen Gründen, an besserer Erhaltung und Aufhilfe der Eisen-Industrie, an Erhebung des Activhandels und Verminderung des Passivhandels der im Krieg und Frieden, den deutschen Fürsten und Völkern, den Armen und Reichen gleich unentbehrlichen Eisen- und Stahl-Erzeugung gelegen sein.

Daher wird dem engeren Ausschuß des zum Schutz der Arbeit in Frankfurt a. M. zusammengetretenen allgemeinen deutschen Vereins und dem jetzt eröffneten Zollcongreß zu Kassel die nachfolgende Flugschrift mit Ehrerbietung empfohlen

vom Verfasser.

Als gegenwärtiges Vorwort die Presse verlassen sollte, theilte Nummer 215 der Leipz. Ztg. vom 3. Aug. d. J. aus der Frankf. O. P. A Z. folgende an die Mainzer Zeitung abgegebene Zuschrift mit: „Ich beeile mich, Ihnen eine Nachricht mitzutheilen, die mir aus einer ganz zuverlässigen Quelle geworden ist! Es sollen nämlich bereits Unterhandlungen, die ziemlich weit gediehen sind, über einen süddeutschen Zollverein im Gange sein. Oesterreich, Baiern und Würtemberg sollen, wenn mit Preußen eine Vereinigung nicht zu Stande kommt, dazu fest entschlossen sein. Die Folgen für Handel und Gewerbe wären unabsehbar!" —

(Wir wollen hoffen, daß es eine sich nicht bestätigende Zeitungsnachricht ist. —)

Nachdem bisher die Zollrevision den traurigen Zeitereignissen zufolge hinausgeschoben werden mußte, war von der preußischen Regierung bei den übrigen Vereins-Regierungen der Antrag gestellt worden, die zweimal, 1848 und 1849, ausgesetzte General-Conferenz nunmehro im Laufe des Monat Juli in Kassel zusammentreten zu lassen.

Im preuß. Staats-Anzeiger vom 13. Mai d. J. wurde bekannt gemacht, daß die

„Denkschrift über die Revision des Zolltarifs"

von den zu diesem Zweck berufenen preußischen Sachverständigen in Berlin berathen worden sei und bei den von den verbündeten Zollvereinsstaaten zusammengetretenen Zollcongreß zur Unterlage dienen soll.

Die Vorschläge Preußens sind ziemlich dieselben vom Jahre 1848 und betreffen Erleichterungen der Einfuhr von

a. Nahrungsstoffen und
b. Fabrikmaterialien

und sind in der genannten Denkschrift modificirt.

Kann gegen die Verminderung der Zollsätze bei Einfuhr der Nahrungsstoffe eine Einwendung nicht Statt finden; so dürften bei Fabrikmaterialien, welche zum Theil ganz freigegeben oder ermäßigt werden sollen, wie z. B. Zink von 2 auf 1 Thlr. pr. Centner, doch wichtige Bedenken zu erheben sein!

So wie der Eingangszoll von einem Theil landwirthschaftlicher Erzeugnisse, z. B. von Leinengarn und Leinen-

waaren, bedeutend erhöht werden soll, — warum sollte nicht auch auf die Erzeugnisse des Bergbaues — namentlich des Eisens und Stahls — eine ähnliche Erhöhung Statt finden?

Die große Sorgfalt und Aufmerksamkeit, welche alle Regierungen der deutschen Staaten, nach Wiederkehr des inneren Friedens, den materiellen Interessen des gesammten deutschen Vaterlandes angedeihen lassen, läßt nicht bezweifeln, daß jedes pro et contra nicht unbeachtet bleibt.

Die österreichische Regierung war in Voraussicht des in Kassel zusammentretenden Zollvereinscongresses nicht unthätig gewesen. Sie hat Baiern zu der förmlichen Zusage veranlaßt, daß es durch seine Bevollmächtigten einen bestimmten Antrag auf Berathung und Beschlußfassung über die bekannten Vorschläge des österreichischen Handelsministeriums stellen lasse. — Man vergl.

„Denkschrift des k. österr. Handelsministers über Zollverfassung und Handelspolitik der zollvereinten Staaten von Oesterreich und Deutschland vom 30. Mai 1850."

In Sachen der Revision des Zolltarifs wurde lt. Wiener Zeitungsnachrichten vom 24. Juni d. J. den Gewerbevereinen und deren Specialcomité's Alles zur Prüfung und Begutachtung vorgelegt und der Handelsminister Herr von Bruck hatte wiederholt erklärt, daß er mit Dank jede mittelbare wie unmittelbare Unterstützung von Geschäftsmännern bei diesem großen Werke entgegennehmen werde.

Und obgleich Herr v. d. Heydt Schutzzöllner ist und verschiedene Tariferhöhungen, die von Süddeutschland zeither erfolglos angestrebt wurden, in Kassel vorgeschlagen haben wird, so weiß man doch, daß eine in Preußen sehr einflußreiche Partei theils aus Grundsatz, theils aus politisch reactionären Tendenzen dem Freihandel sich zuneigt. Es ist daher beachtenswerth, daß die „Kreuzzeitung" von ihrem absolut conservativem Standpunkte aus entschieden

Opposition gegen die schutzzöllnerischen Vorschläge des Herrn v. d. Heydt erhebt und sich mit den handelsfreien der Ostseeprovinzen, ohne weitere Rücksicht auf deren politische Parteifarbe, vereinigt. Dieses freihändlerische Uebergewicht des Nordens kann — nach Ansicht der süddeutschen Zollvereinsstaaten — durch den Handelsbund mit Oesterreich und dessen rationelles Schutzsystem wohlthätig paralysirt worden.

Ein directer Verkehr der österreichischen Regierung mit dem Zollcongresse sollte, nach den Zeitungsnachrichten, nicht Statt finden, und auch die anfangs beschlossene Absendung eines Berichterstatters nach Kassel sollte — um Mißverständnissen vorzubeugen, — unterbleiben.

Die oben erwähnte österreichische Denkschrift vom 30. Mai 1850 ist von den in Frankfurt a. M. im Juni d. J. versammelten Vertretern der deutschen Industrie mit großer Befriedigung aufgenommen worden; vor Allem darum, weil sie einen ständigen Bundesrath für Handel und Gewerbe in Vorschlag gebracht hat, wie er schon seit Jahren von den zunächst Betheiligten angestrebt worden war.

Bei diesen Verhandlungen ist aber die Bergwerks-Industrie, namentlich die Eisen- und Stahl-Erzeugung Deutschlands, zu beachten nöthig.

Von Berlin aus wurde im Anfang des Monat Juni d. J. gemeldet, daß in den Sitzungen des Staatsministeriums über den Abschluß eines neuen Handelstractates mit Belgien sehr lebhaft verhandelt werde.

Die Leipziger Zeitung Nr. 155 vom 4. Juni meldet aus Berlin, „daß die wichtige Frage wegen des Eingangs-„zolls auf belgisches Roheisen, wobei die Eisenprodu-„centen und Eisenarbeiter gar sehr betheiligt sind, jetzt eine „befriedigende Lösung finden soll. Der Minister v. Man-„teuffel soll sich der inländischen Gewerbtreibenden mit „Wärme angenommen haben.“


THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
· LIBRARIES ·

Schutzzoll

für die

Eisen-Erzeugung Deutschlands

und

für alle aus deutschem Eisen und Stahl gefertigten Waaren

ist

aus staats- und volkswirthschaftlichen Gründen dringend nöthig.

Nach mehrjährigen Erfahrungen

dargestellt

vom

Ober-Zehntner T. L. Hasse

zu

Dresden.

Leipzig, 1850.

Verlag der Rein'schen Buchhandlung (R. Heubel).

Vorwort.

Bekanntlich ist die Abhaltung einer Tarifconferenz im Einverständnisse aller Zollvereinsstaaten schon während der letzten zwei Jahre aus dem ganz richtigen Grunde verschoben worden, weil die Abänderung der politischen Gestaltung von Deutschland und die damit zusammenhängenden Fragen nach einer Erweiterung des Zollvereins es unräthlich machte, Abänderungen in den Grundsätzen des Tarifs vorzunehmen, welche nach der einen oder der andern Seite hin zum Nachtheil gereichen könnten. Auch jetzt noch (Juli 1850) ist die Frage des Anschlusses von Norddeutschland völlig unerledigt, die Frage wegen des Anschlusses von Oesterreich aber sehr nahe gerückt. In ersterer Beziehung ist man noch ganz ungewiß darüber: ob die norddeutschen Regierungen jeden industriellen Schutz verweigern, oder nur in den preußischer Seits in der Denkschrift unerwähnt gelassenen Colonialwaaren- und Weinzöllen Concessionen verlangen.

Jedenfalls bedarf sowohl der Fabrik- als der Handelsstand, und unter dem ersteren der, welcher aus den entopischen Gewerben — dem Acker- und Bergbau — und den aus diesen Grunderzeugnissen des gesammten deutschen Vaterlandes sich in tausendfältigen Fäden unter der arbeitenden Volksklasse überallhin vertheilt, eine dauernde Feststellung im Zolltarif. Jede rasche oder schroffe Schwankung des Tarifs würde im Fabrik- und Handelsstand, besonders im Bergbau und Hüttenbetrieb, große Verluste herbeiführen.

In diesem Betracht wird der Wunsch, daß sich die Zollconferenz in Kassel vor allen Dingen mit den obschwebenden Anschlußfragen beschäftigen und nur dann erst zu Tarifänderungen übergehen möge, gerechtfertigt. Wenn dabei einer Seits die Interessen Norddeutschlands und der Seestädte,

eben so wie anderer Seits Süddeutschlands und Oesterreichs und die Denkschrift der letztgenannten Regierung vor den Verhandlungen über etwaige Tarifveränderungen zu berücksichtigen nothwendig erscheint; so dürfte doch allen Schaffern und Verarbeitern der Grunderzeugnisse Deutschlands, gegenüber der des Auslandes, allen Regierungen und Besitzern von Berg- und Hüttenwerken, denen, aus politischen, aus staats- und volkswirthschaftlichen Gründen, an besserer Erhaltung und Aufhilfe der Eisen-Industrie, an Erhebung des Activhandels und Verminderung des Passivhandels der im Krieg und Frieden, den deutschen Fürsten und Völkern, den Armen und Reichen gleich unentbehrlichen Eisen- und Stahl-Erzeugung gelegen sein.

Daher wird dem engeren Ausschuß des zum Schutz der Arbeit in Frankfurt a. M. zusammengetretenen allgemeinen deutschen Vereins und dem jetzt eröffneten Zollcongreß zu Kassel die nachfolgende Flugschrift mit Ehrerbietung empfohlen

vom Verfasser.

Als gegenwärtiges Vorwort die Presse verlassen sollte, theilte Nummer 215 der Leipz. Ztg. vom 3. Aug. d. J. aus der Frankf. O. P. A Z. folgende an die Mainzer Zeitung abgegebene Zuschrift mit: „Ich beeile mich, Ihnen eine Nachricht mitzutheilen, die mir aus einer ganz zuverlässigen Quelle geworden ist! Es sollen nämlich bereits Unterhandlungen, die ziemlich weit gediehen sind, über einen süddeutschen Zollverein im Gange sein. Oesterreich, Baiern und Würtemberg sollen, wenn mit Preußen eine Vereinigung nicht zu Stande kommt, dazu fest entschlossen sein. Die Folgen für Handel und Gewerbe wären unabsehbar!“ —

(Wir wollen hoffen, daß es eine sich nicht bestätigende Zeitungsnachricht ist. —)

Nachdem bisher die Zollrevision den traurigen Zeitereignissen zufolge hinausgeschoben werden mußte, war von der preußischen Regierung bei den übrigen Vereins-Regierungen der Antrag gestellt worden, die zweimal, 1848 und 1849, ausgesetzte General-Conferenz nunmehro im Laufe des Monat Juli in Kassel zusammentreten zu lassen.

Im preuß. Staats-Anzeiger vom 13. Mai d. J. wurde bekannt gemacht, daß die

„Denkschrift über die Revision des Zolltarifs"

von den zu diesem Zweck berufenen preußischen Sachverständigen in Berlin berathen worden sei und bei den von den verbündeten Zollvereinsstaaten zusammengetretenen Zollcongreß zur Unterlage dienen soll.

Die Vorschläge Preußens sind ziemlich dieselben vom Jahre 1848 und betreffen Erleichterungen der Einfuhr von

a. Nahrungsstoffen und
b. Fabrikmaterialien

und sind in der genannten Denkschrift modificirt.

Kann gegen die Verminderung der Zollsätze bei Einfuhr der Nahrungsstoffe eine Einwendung nicht Statt finden; so dürften bei Fabrikmaterialien, welche zum Theil ganz freigegeben oder ermäßigt werden sollen, wie z. B. Zink von 2 auf 1 Thlr. pr. Centner, doch wichtige Bedenken zu erheben sein!

So wie der Eingangszoll von einem Theil landwirthschaftlicher Erzeugnisse, z. B. von Leinengarn und Leinen-

waaren, bedeutend erhöht werden soll, — warum sollte nicht auch auf die Erzeugnisse des Bergbaues — namentlich des Eisens und Stahls — eine ähnliche Erhöhung Statt finden?

Die große Sorgfalt und Aufmerksamkeit, welche alle Regierungen der deutschen Staaten, nach Wiederkehr des inneren Friedens, den materiellen Interessen des gesammten deutschen Vaterlandes angedeihen lassen, läßt nicht bezweifeln, daß jedes pro et contra nicht unbeachtet bleibt.

Die österreichische Regierung war in Voraussicht des in Kassel zusammentretenden Zollvereinscongresses nicht unthätig gewesen. Sie hat Baiern zu der förmlichen Zusage veranlaßt, daß es durch seine Bevollmächtigten einen bestimmten Antrag auf Berathung und Beschlußfassung über die bekannten Vorschläge des österreichischen Handelsministeriums stellen lasse. — Man vergl.

„Denkschrift des k. österr. Handelsministers über Zollverfassung und Handelspolitik der zollvereinten Staaten von Oesterreich und Deutschland vom 30. Mai 1850."

In Sachen der Revision des Zolltarifs wurde lt. Wiener Zeitungsnachrichten vom 24. Juni d. J. den Gewerbevereinen und deren Specialcomité's Alles zur Prüfung und Begutachtung vorgelegt und der Handelsminister Herr von Bruck hatte wiederholt erklärt, daß er mit Dank jede mittelbare wie unmittelbare Unterstützung von Geschäftsmännern bei diesem großen Werke entgegennehmen werde.

Und obgleich Herr v. d. Heydt Schutzzöllner ist und verschiedene Tariferhöhungen, die von Süddeutschland zeither erfolglos angestrebt wurden, in Kassel vorgeschlagen haben wird, so weiß man doch, daß eine in Preußen sehr einflußreiche Partei theils aus Grundsatz, theils aus politisch reactionären Tendenzen dem Freihandel sich zuneigt. Es ist daher beachtenswerth, daß die „Kreuzzeitung" von ihrem absolut conservativem Standpunkte aus entschieden

Opposition gegen die schutzzöllnerischen Vorschläge des Herrn v. d. Heydt erhebt und sich mit den handelsfreien der Ostseeprovinzen, ohne weitere Rücksicht auf deren politische Parteifarbe, vereinigt. Dieses freihändlerische Uebergewicht des Nordens kann — nach Ansicht der süddeutschen Zollvereinsstaaten — durch den Handelsbund mit Oesterreich und dessen rationelles Schutzsystem wohlthätig paralysirt worden.

Ein directer Verkehr der österreichischen Regierung mit dem Zollcongresse sollte, nach den Zeitungsnachrichten, nicht Statt finden, und auch die anfangs beschlossene Absendung eines Berichterstatters nach Kassel sollte — um Mißverständnissen vorzubeugen, — unterbleiben.

Die oben erwähnte österreichische Denkschrift vom 30. Mai 1850 ist von den in Frankfurt a. M. im Juni d. J. versammelten Vertretern der deutschen Industrie mit großer Befriedigung aufgenommen worden; vor Allem darum, weil sie einen ständigen Bundesrath für Handel und Gewerbe in Vorschlag gebracht hat, wie er schon seit Jahren von den zunächst Betheiligten angestrebt worden war.

Bei diesen Verhandlungen ist aber die Bergwerks-Industrie, namentlich die Eisen- und Stahl-Erzeugung Deutschlands, zu beachten nöthig.

Von Berlin aus wurde im Anfang des Monat Juni d. J. gemeldet, daß in den Sitzungen des Staatsministeriums über den Abschluß eines neuen Handelstractates mit Belgien sehr lebhaft verhandelt werde.

Die Leipziger Zeitung Nr. 155 vom 4. Juni meldet aus Berlin, „daß die wichtige Frage wegen des Eingangs-„zolls auf belgisches Roheisen, wobei die Eisenprodu-„centen und Eisenarbeiter gar sehr betheiligt sind, jetzt eine „befriedigende Lösung finden soll. Der Minister v. Man-„teuffel soll sich der inländischen Gewerbtreibenden mit „Wärme angenommen haben.“

Es ist dieß eine Lebensfrage für die gesammte Eisen-, berg- und hüttenmännische Industrie und deshalb Alles zu beachten, was in meiner Schrift: „Die Eisenerzeugung Deutschlands aus dem Gesichtspunkte der Staatswirthschaft betrachtet," bereits im Jahre 1836 gesagt worden ist.

Diese Schrift *) dürfte wohl den Landesbehörden, welche wissen, welchen hohen staatswirthschaftlichen Werth die Eisenerzeugung Deutschlands für Baden, Baiern, Böhmen, des Harzes wegen, für Braunschweig und Hannover, ferner für Hessen, Nassau, die Rheinprovinzen, Sachsen, überhaupt für Preußen, Oesterreich u. s. w. hat, bei der gegenwärtigen Revision des Zolltarifs und der desfallsigen Generalconferenz, welche in Kassel eröffnet worden ist und dem Vernehmen nach drei Monat dauern soll, zu empfehlen sein.

Nicht minder dürfte sie im Bezug auf die von Seiten Oesterreichs vom Handelsminister von Bruck in Anregung gebrachte deutsch-österreichische Handelseinigung einige Beachtung verdienen.

In der oben erwähnten Denkschrift über Zollverfassung und Handelspolitik der zollvereinten Staaten von Oesterreich und Deutschland ist die deutsch-österreichische Handelseinigung in Anregung gebracht worden.

Die darin ausgesprochenen Grundsätze haben den Standpunkt bezeichnet, welchen die österreichische Regierung in der deutschen Frage einnimmt.

Sie ist, wie bekannt, allen deutschen Regierungen zur Beachtung zugesandt worden und ist nicht als ein rein staatsökonomischer und commercieller Entwurf anzusehen, sondern als ein diplomatisches Actenstück zu betrachten, das sich den hannöverschen und baierischen Denkschriften über die Umgestaltung der deutschen Bundesverhältnisse anreiht.

---

*) Bei Rein in Leipzig jetzt für 1 Thlr. 10 Ngr. zu haben.
Der Verf.

Da die politische Macht der deutschen Fürsten und Völker, nicht allein durch die zeitherige Erhaltung der Eisenerzeugung Deutschlands, sondern durch deren **zeitgemäße Vermehrung** — den andern europäischen Völkern, namentlich: Belgien, England, Frankreich, Rußland, Schweden gegenüber, — bedingt wird, so dürfte es nicht überflüssig sein, hier im Auszug folgen zu lassen, was „über den Entwurf der österreichisch-deutschen Zolleinigung" in Nr. 367 der Illustrirten Zeitung (Leipzig, den 13. Juli 1850) gesagt worden ist.

„Bei der Beurtheilung derselben," heißt es, „müssen die beiden Gesichtspunkte, ihre politischen Zwecke und ihre politischen Vorschläge, von dem staatsökonomischen Inhalte völlig getrennt gehalten werden. Denn so viel Treffliches der letzte enthält, so große Anerkennung die dort ausgesprochenen Handelsgrundsätze in ihren Hauptzügen verdienen, so treffend und unverholen darin der bisher von der österreichischen Regierung befolgten staatsökonomischen und commerciellen Politik das Urtheil gesprochen wird; ebenso unrichtig und willkürlich sind die Schlüsse, die aus diesen in der Staatswirthschaft richtigen Voraussetzungen auf dem Gebiet der Politik gezogen werden. Die Vortheile, welche aus den nach Innen befreiten und nach Außen verbundenen Verkehrskräften des österreichischen Kaiserstaates und Deutschlands für die gewerblichen Interessen beider Länder entspringen, werden darin als eine Lockung geboten, mit welcher die österreichische Regierung ihre Ansichten und Wünsche in der politischen Stellung Oesterreichs zu Deutschland zur Geltung zu bringen hofft. Ja man kann sich bei sorgfältiger Durchlesung der Denkschrift nicht des Gedankens erwehren, als wenn die ganze treffliche staatsökonomische Arbeit des österreichischen Handelsministers den Plänen des Schwarzenberg'schen Cabinets bei Gestaltung der deutschen Verhältnisse nur als Folie hätte dienen sollen. Daß die Denkschrift nicht

blos die commercielle Verbindung zwischen Oesterreich und Deutschland im Auge hat, lehrt sofort die Einleitung, die sich bemüht, den staatsrechtlichen Standpunkt Oesterreichs zu den deutschen Verfassungsverhältnissen festzustellen und gleichzeitig den Gegenbeweis gegen die von den Anhängern des deutschen Bundesstaates behauptete Nothwendigkeit einer politischen Trennung Oesterreichs und Deutschlands zu führen sucht. Wir werden Gelegenheit haben, hierauf in der Folge näher zurückzukommen. Demnächst geht die Denkschrift darauf aus, die Einigung der österreichischen und deutschen Zoll- und Handelsverhältnisse in der aufgestellten Weise als den Weg zu bezeichnen, auf welchem einzig alle laut gewordenen Wünsche der deutschen Regierungen und der deutschen Nation zur Zufriedenheit Aller erfüllt werden könnten und auf welchem das Streben der deutschen Nation nach engerer Verbindung ihrer Glieder ihre volle Befriedigung fände. Daß mit dieser Auffassung wir der österreichischen Regierung nicht Ansichten unterschieben, die sie nicht gehabt oder in dem angegebenen Umfange nicht ausgesprochen hat, dafür enthält die Denkschrift die unzweideutigsten Belege. Gleich in den ersten Sätzen heißt es darin: „Als den wichtigsten Schritt zu der politischen Einigung Oesterreichs und Deutschlands, gebaut nicht auf der Oberherrlichkeit dieses oder jenes Staates, sondern auf der organischen Einheit der Interessen als Bürgschaft für eine glückliche Lösung der Wirrnisse, so wie für eine geordnete Entwickelung der inneren Zustände betrachtet jeder durch Sonderinteressen nicht befangene Deutsche, wie jeder unbefangene Oesterreicher die österreichisch-deutsche Zolleinigung."

„Was hier als die Ansicht jedes unbefangenen Deutschen und Oesterreichers aufgestellt wird, ist offenbar die Auffassung der österreichischen Regierung. Dieselbe spricht sich aber später noch entschiedener aus, indem sie die Lösung der von der preußischen Regierung und ihren Verbündeten gestellten Forderungen in der österreichisch-deutschen Zolleinigung findet

und der angeführten preußischen Versicherung: „Preußen hege mit den verbündeten Regierungen den ernsten Willen zu jedem Werke wahrhafter deutscher Einigung die Hand zu bieten, und jeder Vorschlag zu einer Neugestaltung des Bundes, der seiner Grundidee der Einigung der Staaten nach innen und nach außen, der Schaffung eines Ersatzes für das deutsche Reich und Erhaltung des uralten Verbandes der deutschen Nation entspricht, der im Innern Integrität der Staaten und eine lebendige, durch ächte Freiheit getragene Einheit des Volkes verbürgt, nach außen der Nation Kraft des Widerstandes gegen die drohende Zerstörung sichert, werde der ernstesten Erwägung sicher sein" — die Antwort entgegen hält: „Ein solcher Vorschlag ist nun sicherlich aber die österreichisch-deutsche Zoll- und Handelseinigung, welche in dieser Denkschrift den Hauptzügen nach ihre weitere grundgesetzliche Begründung finden soll."

„Wenn endlich §. 14 des Einigungsentwurfes nach dem Schluß der einzelnen Bestimmungen über die Zolleinigung gesagt wird: „Sie — die kaiserliche Regierung — hält den hier angedeuteten Bundesorganismus nicht blos für möglich, sondern auch für geeignet, um allen billigen Wünschen zu entsprechen", so ist damit der Standpunkt gegeben, den die österreichische Regierung in der Neugestaltung der deutschen Bundesverhältnisse einzunehmen gesonnen ist. Auf eine Bundesgewalt mit einem Beirath von einem Bundesrath, dessen Mitglieder zum größern Theil aus den Vertretern der gewerblichen und industriellen Interessen, zum kleinern Theile von den Regierungen gewählt würden, soll die ganze, durch die nationale und politische Bewegung des deutschen Volkes bezweckte Reform der Bundesverhältnisse hinauslaufen. Damit ist in der That die nationale Einheit sowohl als die Theilnahme des deutschen Volkes an der Bestimmung seines Geschickes und seiner Interessen, durch Betheiligung an der Gesetzgebung, welche es seit mehr als 30 Jahren erstrebt und die ihm im Jahre 1848 verheißen ist, auf ein Minimum her-

abgedrückt, das politisch nichts als einen äußern Schein in der Erfüllung der gehegten Erwartungen übrig läßt."

„In der Denkschrift wird freilich von der Voraussetzung ausgegangen, als wenn die Verbesserung der materiellen und industriellen Verhältnisse und die Ausdehnung ihres Wirkungskreises identisch wäre mit der Erfüllung aller begründeten Forderungen eines Volkes nach politischer Berechtigung und nationaler Einheit. Diese Voraussetzung ist ein Irrthum, in welchem die österreichische Regierung sich nicht erst seit der neuesten Zeit befindet. Die materiellen Interessen haben allerdings eine große Bedeutung für die Entwickelung, den Wohlstand und die Zufriedenheit eines Volkes. Sie sind aber untergeordneter Art, wenn es sich um politische Reformen und die Bewilligung nothwendig gewordener politischer Rechte handelt. Ja dieselben sind häufig geopfert worden und müssen immer geopfert werden, um zeitgemäße politische Rechte zu erringen oder sich drückender politischer Fesseln zu entledigen. Das Opfer bleibt auch nur vorübergehend. Denn hinterher werden die nationalen Interessen durch die politische Berechtigung der Nation am besten geordnet und entfalten sich unter dem Schutze derselben zur vollsten Blüthe. Gerade die Völker, deren commercielles Uebergewicht die Denkschrift anerkennt und eine Gleichstellung mit denselben auf dem commerciellen Gebiete für Deutschland und Oesterreich in ihrer Handelseinigung anstrebt, die Engländer, Holländer und Franzosen verdanken dieselbe weit mehr ihrer nationalen Einheit und den politischen Rechten ihrer Bürger, als einem gleichmäßigen Zollsystem. Dennoch ist Irland trotz der Zolleinigung mit England unzufrieden und befindet sich in einer fortwährenden Opposition, weil es nicht gleich politisch berechtigt ist mit England. Daraus fließen alle seine Uebel, die alle Anstrengungen der Regierung nicht heben können, so lange die Interessen Irlands nicht eine gleichmäßige Vertretung im englischen Parlamente finden. Wenn die Denkschrift in Folge der darin angenomme-

nen Voraussetzung den Satz aufstellt: „Ein deutscher politischer Verein muß in unserer Zeit auch zum Zollverein werden", so läßt sich demselben allerdings die Gültigkeit nicht absprechen, insofern derselbe ein wirklicher politischer Verein und nicht ein bloßes Trutz- und Schutzbündniß der deutschen Fürsten ist. Aus der Richtigkeit dieses Satzes folgt aber noch keineswegs die Nothwendigkeit der umgekehrten Schlußfolge, wie sie in der Denkschrift ohne Weiteres angenommen wird. Ein Zollverein kann bestehen, ohne daß darin den Bürgern der Vereinsstaaten die mindesten politischen Rechte eingeräumt werden. Es können die gewerblichen Interessen darin auf das Beste gewahrt werden, ohne daß der Freiheit und Sicherheit der Person und der Wohnung, der Freizügigkeit der Bürger der einzelnen Staaten, der Theilnahme der Nation an der Gesetzgebung und Besteuerung ihr gebührender Antheil festgestellt und die freie Aeußerung durch Wort und Schrift ohne aufhebende Beschränkungen gestattet wird. Wir verwahren uns hierbei ausdrücklich gegen die Auffassung, als wenn wir den materiellen Verhältnissen keine Bedeutung beilegten. Sie sind von der höchsten Wichtigkeit und haben namentlich in Deutschland unter der politischen Getheiltheit und Vielherrschaft bedeutend gelitten. Erst der Zollverband hat einen Theil dieser Uebel innerhalb seines Gebietes beseitigt. Dennoch machen sich noch immer die Folgen verschiedener und ungleichartiger Zoll- und Steuersysteme in einer nachtheiligen Weise geltend. Auf ihre durchgreifende Reform durch eine einheitliche Gesetzgebung ist gleichfalls der Wunsch aller deutschen Bürger gerichtet. Aber diese ergiebt sich aus der politischen Einheit Deutschlands von selbst. Gleiche Maß-, Münz-, Zoll- und Steuergesetzgebung, wie gleichmäßige Regelung der Communications- und Beförderungsmittel sind davon die unmittelbare Folge. Die Ausdehnung derselben über Oesterreich, dessen angestrebte Centralisation

auch in seinen Ländern überall eine Gleichmäßigkeit verheißt, kann in einer vorgeschlagenen deutsch-österreichischen Union um so mehr mit Erfolg stattfinden, als die vollständige politische Selbständigkeit beider Glieder in einer solchen Union eine sichere Grundlage für ihre Verständigung über ihre gegenseitigen Interessen bildet. Aber erst, wenn die politische Stellung Oesterreichs zu Deutschland feststeht, läßt sich der richtige Maßstab für die Verbindung der Verkehrsverhältnisse beider Staatskörper nach Innen und nach Außen finden, nicht aber in dieser gewerblich commerciellen Einigung der Schlüssel für ihr gegenseitiges politisches Verhältniß suchen." u. s. w.

Unter der Rubrik: Zölle, liefert Nr. 120. der Leipz. Ztg. vom 29. Juli d. J. folgenden Artikel: Der „Lloyd" sagt über die österreichisch-deutsche Zoll- und Handelseinigung unter Anderm: „Während eine unwürdige Wahrheitsfälschung zur Zeit, als die erste Denkschrift veröffentlicht wurde, von den Feinden Oesterreichs nicht ohne Erfolg angewendet wurde, bedarf es keines sehr scharfen Blickes, um zu erkennen, daß die Wiederholung derselben nicht mehr Glück macht. Der Glaube an Oesterreichs festen und redlichen Willen, das große Werk, zu dessen Anbahnung es die Initiative ergriffen, mit allen seinen Kräften zu fördern, ist in das deutsche Volk gedrungen, und die industrielle Intelligenz aller deutschen Länder beschäftigt sich, ohne sich viel um die gothaischen und preußischen Organe zu kümmern, mit der ernsten und tiefen Durchforschung der Tragweite eines Projectes, welches von keinem andern dieses Jahrhunderts in seiner gigantischen Größe überragt wird. Große Ideen von wahrhafter Berechtigung haben eine Lebens- und eine Ausbreitungskraft in sich, welche alle Hindernisse, die man ihnen in den Weg legt, nicht allein niederwerfen, sondern dieselbe ihren Fortschritten dienstbar machen. Sie lassen

sich, selbst von einem organisirten und heftigen Widerstand, der ihnen geleistet wird, nicht hemmen, so wenig wie das Feuer von dem Sturme, der es anweht. Wir sind nie so fest von der Durchführbarkeit jener österreichischen Vorschläge überzeugt worden, als durch die Argumente, mit denen man sie zu bekämpfen gesucht hat."

Im Hochwichtigen der Gegenwart in sieben Bildern, zusammengestellt und 1848 vorgetragen von einem Mitglied des Gewerbevereins zu Dresden,*) ist im zweiten Bilde motivirt worden, warum Richard Cobdens Freihandels-System, dem Mittelstand der arbeitenden Volksklasse und der Industrie unsers gesammten Vaterlandes ungemein geschadet hat. Dieser Cobden aus Manchester war ein Vertreter der mächtigen und einflußreichen Klasse seines Vaterlandes, die, mittelst des durch ihre Industrie und ihre Handelsflotten erlangten Reichthums und der richtigen Einsicht in die Bedürfnisse der Zeit, den Geschicken Großbritanniens und seiner Machtentwicklung die Bahn vorzuzeichnen fähig wurde. Er bereiste im Jahr 1846 Deutschland.

Weil der Deutsche, in der Mehrzahl, gern fremdem Verdienst Weihrauch streut, so wurde derselbe selbst von hochgestellten Staatsmännern und den Vertretern des Handelsstandes mit zuvorkommender Freundlichkeit gehuldigt.

Der freie Handel und die freie Concurrenz im Innern von Deutschland ist wohlthätig, aber gegen das Ausland nur mit großem Nachtheil verbunden, besonders weil Deutschland große und mächtige Nationen zu Nachbarn hat, mit denen es, was Handel und Industrie betrifft, durch die zeitherigen Zerwürfnisse, auch einseitige Behandlung der Staatsinteressen eines jeden der einzelnen Bundesstaaten, geschwächt, zur Zeit nicht in die Schranken des Welthandels treten kann.

*) Einzelne Exemplare sind jetzt noch für — 8 Ngr. zu haben, bei Rein in Leipzig. Der Verf.

Man beachte nicht, daß Cobden lediglich im Interesse der englischen Industrie reiste. Er suchte bei den deutschen Ministern seine für England allerdings passenden Ansichten des Freihandels einzuschwärzen. Er war ganz geeignet zu seiner Sendung; er verstand mit diplomatischer Gewandtheit und Klugheit den Zweck seiner Reise zu verfolgen. — Unangemessen war es ihn mit Festlichkeiten zu überhäufen, ihm Huldigungen darzubringen, ihn als unsern Erretter von dem Vorurtheil des Schutzzolles darzustellen. Bei den ihm zu Ehren gegebenen Festessen in Hamburg erklärte er alle, welche den Schutzzoll in Deutschland vertheidigten, für unwissende, unintelligente Menschen und behauptete, in Stuttgart, Augsburg, kurz im ganzen deutschen Binnenlande verstehe man nicht über Handels- und Schifffahrtsangelegenheiten und was Deutschland hierin fromme, zu urtheilen.

Daß dies in Hamburg nicht gerügt wurde, das darf uns nicht wundern. Denn Hamburg ist ein Handels- und Meßplatz und steht, nahe an der Meeresküste, mit dem Welthandel in directer Verbindung. Dort ist Jedermann mehr Kaufmann und Kosmopolit und weniger Fabrikant und Patriot.

Berlin hatte zu diesen Cobden-Huldigungen den Anfang gemacht. Besitzer großer Rittergüter und Landwirthschaften in der Neumark, in Vor- und Hinterpommern, welche ihre Produkte des Ackerbaues in England höher als im Inland verwerthen konnten, bildeten dort mit den Vorzüglichsten aus dem Kaufmannsstand eine Freihandels-Partei. Die preußischen Ostseehäfen hatten Berlin nachgeahmt; jedoch nur derjenige Theil der dasigen Kaufmannschaft, dem Cobdens Reform durch die frei gewordene Einfuhre von Getreide und Schlachtvieh nach England Gewinn brachte.

Die Resultate waren die Theuerung aller Lebensmittel, welche im Jahre 1847 in ganz Deutschland fühlbar wurde. Die Gegenden, wo mehr Bergbau, Eisenwerke und Fabriken als Ackerbau betrieben wird, fühlten dies in sehr hohem Grade.

Der vermehrte Abzug der landwirthschaftlichen Produkte vermehrte den Tauschhandel mit England. Rimessen und Colonialwaaren reichten nicht aus.

England hat nicht allein bedeutende Fabriken und Manufacturen, sondern bekanntlich, durch gute Steinkohlen und Eisenerze begünstigt, auch unter allen Ländern Europa's die größte Eisenproduktion.

In Roheisen, in Eisenwaaren und Fabrikaten aller Art kann jetzt England mehr als sonst die aus Deutschland gestiegene Einfuhr für Getreide und Schlachtvieh bezahlen. Dadurch werden Lebensmittel und Erwerbsquellen — Nahrung und Verdienst — den deutschen Arbeitern entzogen; sie leiden also doppelt.

Will man nun Belgien in den Zollverein der deutschen Staaten aufnehmen, so wird, wegen der in neuester Zeit sich sehr gehobenen Eisenerzeugung und Verarbeitung dieses Metalles zu allerhand Fabrikaten, Maschinen u. s. w. in diesem Nachbarlande eine für die Eisenerzeugung in Deutschland und die Verarbeitung des Eisens zu allerhand Eisen- und Stahlwaaren, auch Maschinen u. s. w. höchstnachtheilige neue Concurrenz dadurch herbeigeführt.

Es ist daher aus staats- und volkswirthschaftlichen Gründen, um der arbeitenden Volksklasse in allen deutschen Staaten Verdienst und Nahrung nicht zu entziehen, dringend nothwendig, daß die Producenten, überhaupt der Acker- und Bergbau, die Eisenhüttenwerks- und Fabrikbesitzer, die Spinner und Weber, alle Gewerbtreibende und Handwerks-Innungen, in Summa die Schaffer und Verarbeiter unserer Grunderzeugnisse in der Allgemeinheit berücksichtigt werden, damit der Aktivhandel sich heben kann und der Passivhandel sich vermindere.

Dies sind die einzigen und wahren Mittel die deutsche National- und Volkskraft zu heben. Kunstfleiß und Geschicklichkeit wird dann unter unsern biedern Deutschen, auch

unter der arbeitenden Volksklasse, (sie mögen Nachkommen der Slaven, Czechen, Kassuben, Sorben oder Wenden sein) sich eben so auszeichnen als im Auslande.

An Zerstörung der Maschinen wird Niemand mehr denken; für zweck- und sachgemäße „Organisation der Arbeit," für angemessenes Lohn und angemessene Arbeitszeit wird jede Bergbau treibende Gewerkschaft, jeder Eisenhütten- und Hammerwerksbesitzer, jeder Fabrikant und Meister selbst sorgen, weil ihm daran gelegen sein muß, geschickte und fleißige Gehülfen, Gesellen und Arbeiter zu haben, und wenn Zu- und Herzug der Arbeiter frei gegeben, das Heimathsgesetz aufgehoben und eine zweck- und sachgemäße Gewerbe-Ordnung für jedes Gewerbe eingeführt oder, wo sie vorhanden, zeitgemäß umgebildet und verbessert wird; so ist den Arbeitern geholfen.

Bereits im Jahre 1848 wurde erkannt, daß eine allgemeine Einführung des Freihandels-Systems dem Bergbau und allen Bergwerksprodukte verarbeitenden Gewerben zum Nachtheil gereichen würde.

Ganz besonders regten sich schon damals dagegen die Eisenproducenten.

Im Herzogthum Nassau war, wie am 15. April 1848 aus Wiesbaden berichtet wurde, Einleitung zur Vereinigung Deutschlands zu einem gemeinsamen Zoll- und Handels-System getroffen worden. — Braunschweig hatte damals Vorschläge zur Vereinigung beider Systeme, und zwar wegen des Steuervereins an Hannover und Oldenburg und wegen des Zollvereins an Preußen u. s. w. gelangen lassen.

Es wurde vom braunschweigischen Ministerium nicht bezweifelt, daß Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen zum Zollverein beizutreten geneigt sein werde.

Vielleicht werden jene Vorschläge jetzt von dem in Kassel zusammengetretenen Zollcongreß geprüft.

Als im Monat August 1848 dem Dresdner Handelsstande von dem volkswirthschaftlichen Ausschuß der National-Versammlung zu Frankfurt a. M., behufs Entwerfung eines „allgemeinen deutschen Zoll-Tarifs,“ besonders über die Gewinnung und Verarbeitung von Eisen und ob die Betreibung des Eisenstein-Bergbaues durch Gesetz oder Gewohnheit erleichtert oder beengt wird, mehrere Fragen zur Beantwortung vorgelegt worden waren, so wurde unter Bezugnahme auf jene obenangezogene Schrift: „Die Eisenerzeugung Deutschlands rc.“ unter Andern mit bemerklich gemacht:

1) daß dieser Bergbau hin und wieder — wie z. B. im sächsischen Erzgebirge und Voigtland — durch viele Kosten an Bergquatember-, Zehnten- und Ladegelder und andern Abgaben sehr erschwert wird, und daß dann, wenn die Aus- und Einfuhr der Schmelz- und Brennmaterialien in allen deutschen Ländern frei gegeben wird, der Eisensteinbergbau sehr erleichtert werden könne;

2) daß, wenn alle deutschen Länder unter sich völlige Zollfreiheit genießen, der Eingang aller außerhalb Deutschland erzeugten Bergwerksproducte, Metalle, z. B. Mineralfarben, Blei, Kupfer, Zinn, Zink rc. — also auch Eisen und Stahl — nur Gold, Silber und Platina ausgenommen — durch bedeutende Erhöhung des Eingangszolles, noch mehr aber aller Metallwaaren, Maschinen, Instrumente, Kanonen- und Ofenguß, Blech, Draht, Nägel, Zwecken, schneidende Werkzeuge, Gewehre, Waffen aller Art u. s. w. erschwert wird, dann der Bergbau sich erheben und eine wohlfeilere Erz-Gewinnung erlangt werden kann;

3) daß die Regierungs-Commissarien, welche zeither die Zolltarife zu bearbeiten hatten, für die Consumenten, — namentlich zu Gunsten der Landwirthe, Besitzer von Baumwollenspinnereien, Maschinenbauer u. s. w. — beim Eingangszoll für Roheisen, Eisen und Stahl, niedrige Zollsätze angenommen hätten, damit ihnen dieses unentbehrliche Metall

nicht vertheuert werden solle, dadurch aber der Eisenanfertigung, dem Eisensteinbergbau, dem Hütten- und Hammerwerksbetrieb des gesammten deutschen Vaterlandes außerordentlich geschadet habe. Denn, wenn die Gewerken und Besitzer der Gruben und Hütten keinen Absatz des aus ihren Bergwerksproducten erlangten Ausbringens, sowohl im rohen als verfeinerten Zustand, finden und sehen müssen, daß bis vor ihre Thüren das Ausland Fabrikate liefert, zu denen Bergwerkserzeugnisse verwendet werden, die der deutsche Bergbau liefern kann, wo sollen sie da den Muth hernehmen, auf ihren Grubenbau und Hüttenbetrieb mehr Kosten aufzuwenden, um eine größere Erzgewinnung und Metallerzeugung zu erzielen?

Jedermann wird einsehen, daß, je mehr gefördert werden kann, dann die Gewinnungs- und Aufbereitungskosten auch wohlfeiler werden, weil die allgemeinen Kosten, die Kapital-Anlage, sich dann bei einer größeren Forderung mehr vertheilen.

Sind die Erze in Menge zu haben, so können die Hütten schwunghafter betrieben, also auch dabei eine wohlfeilere Metallerzeugung erzielt werden.

Wenn alle deutsche Länder unter sich ganz freien Verkehr erlangen, dann können sie niedrigere Preise halten. Denn hat z. B. Schlesien niedrigere Eisenhüttenpreise als Sachsen, so steht es jedem Consumenten frei, von dort seinen Bedarf zu beziehen.

Bleiben aber die Einfuhrzölle für außerhalb Deutschland ausgebrachtes Roh- und Gußeisen und allerhand daraus verfertigte Fabrikate und Waaren, Instrumente, Waffen, Maschinen u. s. w. fernerhin so niedrig wie zeither, wird sogar Belgien im deutschen Zollverein mit aufgenommen, so wird Eisen und Stahl nicht wohlfeiler, aber es vermehrt sich der Geldausfluß aus unserm gesammten deutschen Vaterland. Tausende der deutschen Berg- und Hüttenleute, Hand-

werker, Maschinenbauer u. d. m. verlieren endlich ihren Erwerb und viele Millionen Thaler gehen alljährlich fort! —

Die Zolltarifs-Verfertiger hatten, namentlich in Sachsen, den Eingang des englischen Eisens u. dergl. Eisen-, Blech-, Draht- und Stahlfabrikate um der Consumenten Willen, auch darum nicht höher besteuern zu müssen geglaubt, weil man wußte, daß in Sachsen weniger Eisen, Stahl aber gar nicht erzeugt, also der Bedarf nicht gedeckt werden kann.

Angenommen, daß auch beim schwunghafteren Betrieb der sächsischen Eisen-, Berg- und Hüttenwerke eine größere Production nicht ermöglicht werden könne, — so verhält sich die Befriedigung des Bedürfnisses in diesem Metall dann ganz anders, wenn alle deutschen Länder unter sich völlig freien Verkehr haben.

Man erlaube dabei abermals auf die obenerwähnte Schrift, die Eisenerzeugung Deutschlands betreffend, zu verweisen.

Aus der im §. 14 S. 351 bis 368 befindlichen tabellarischen Zusammenstellung der Staaten Deutschlands, im Bezug auf Größe, Bevölkerung und Eisenerzeugung, auch aus mehreren andern §§. dieser Schrift ist zu ersehen, daß das Eisen-, Berg- und Hüttenwesen in Deutschland das Bedürfniß in Eisen und Stahl **selbst zu erzeugen** im Stande ist.

Im §. 5 S. 38 ist erläutert worden, warum das Eisen-, Berg- und Hüttenwesen unter allen entopischen Gewerben — versteht sich nach dem Ackerbau — **das Wichtigste und dessen Einfluß auf Staats-Bilance und Activhandel beachtungswerth ist.**

Im §. 6 S. 44 ff. sind Betrachtungen über die Wichtigkeit der Eisenerzeugung in einem einzelnen Staate (Sach-

sen) als Beispiel für die übrigen Staaten des Zollvereins aufgestellt und im Zusatz zu diesem §. 6. Vorschläge enthalten zur Ausmittelung des wahren Eisenbedarfs in jedem Staate.

Das Steigen oder Fallen des Roheisen-Ausbringens — allemal mit Einschluß des zu Gußwaaren verbrauchten Roheisens — ist die richtigste Scala, wornach man den zu- oder abnehmenden Eisenbergbau und Hüttenbetrieb beurtheilen kann.

Den sichersten Aufschluß, in wie fern die inländische Eisenerzeugung aus einheimischen und aus hereingezogenen Naturproducten an Erz und Kohlen, den Bedarf in Eisen und Stahl, auch in allerhand Eisen-, Blech-, Draht- und Stahlwaaren zu decken im Stande ist, wird jede zum Zollverein gehörende Regierung nun aus den betreffenden Zollregistern ersehen und die mit dem Zolltarif beschäftigte Commission sodann, mit Hilfe einiger sachkundigen Beamten, aus denjenigen Ländern, welche mehr als der Bedarf besagt, ausbringen und denjenigen Ländern, welche den eigenen Bedarf nicht decken können, auszumitteln im Stande sein, ob die von weyl. Lattermann (Berg-Commissionsrath und Besitzer der Eisenberg- und Hüttenwerke zu Morgenröthe, Rautenkranz und Tannebergsthal im Voigtlande) in dieser Schrift aufgenommenen Angaben zu hoch oder zu niedrig sind.

Von S. 63 bis S. 69 sind die Fragen angegeben und in einer tabellarischen Form dargestellt, welche den Zollbehörden zur Beantwortung vorgelegt werden möchten.

Es war damals, im Jahr 1836, in dieser Schrift der Eisenbedarf, nach den in Sachsen gemachten Beobachtungen, auf 10 bis 12 Pfd. pr. Kopf berechnet worden.

Aus der Zusammenfassung der Ergebnisse nach den S. 352 bis 359 befindlichen Tabellen betrug das Roheisen-Ausbringen pr. Kopf in den deutschen Zollvereinsstaaten 10,^{14} und in den übrigen Staaten Deutschlands, welche diesem Verein damals noch nicht beigetreten waren 10,^{59} Pfd. pr. Kopf.

Es ist ein eigner Zufall, daß sich die Eisenerzeugung von beiden Länder-Abtheilungen Deutschlands fast ganz gleich herausgestellt hat.

Angenommen, daß wegen der seitdem begonnenen Eisenbahnbauten, wohl 15 Pfd. pr. Kopf zu rechnen sein möchte; so können die deutschen Eisen-, Berg- und Hüttenwerke dies höhere Bedürfniß bei schwunghafterem Betrieb füglich erzeugen, denn bei überall eingeschränktem Betrieb betrug doch, besage S. 352 bis 359 der Schrift, die Erzeugung dieses allen Völkern unentbehrlichen Metalles, z. B.

in Schlesien . . . . 31,65 Pfd. pr. Kopf.
„ den Rheinprov. Westphalen 22,17 „ „ „
„ Nassau . . . . 28,57 „ „ „
„ Meiningen . . . . 18,57 „ „ „
„ Schwarzb. Sondershausen 19,00 „ „ „
„ „ Rudolstadt . 28,33 „ „ „
„ Fürstl. Reußischen . . . . 22,26 „ „ „
„ Hohenzollern . . . . . . 18,68 „ „ „
„ Waldeck . . . . 14,73 „ „ „
„ Hessen-Homburg . . . . 17,85 „ „ „
„ Steyermark . . . . 70,11 „ „ „
„ Illirien . . . . 26,31 „ „ „
„ Herzogthum Braunschweig . 28,46 „ „ „
„ „ Luxemburg . . . 13,33 „ „ „

Dagegen aber:

im Großherzogthum Posen nur . 0,29 „ „ „
in der Provinz Brandenburg . 3,42 „ „ „
„ „ „ Sachsen . . . 4,25 „ „ „
im Königreich Baiern . . . . 5,96 „ „ „
„ „ Würtemberg . . 8,29 „ „ „
„ „ Sachsen . . . . 5,38 „ „ „
im Kurfürstenthum Hessen . 8,73 „ „ „
„ Großherz. Hessen . . . . 9,49 „ „ „
„ „ Baden . . . . 1,80 „ „ „
„ „ Weimar . . . 1,73 „ „ „

im Herzogthum Koburg-Gotha .	$6,^{81}$	Pfd.	pr.	Kopf.
in den Herzogl. Anhaltischen Ländern	$10,^{29}$	„	„	„
im Gebiete der freien Stadt Frankfurt a. M.	——	„	„	„
im Fürstenthum Liechtenstein. .	——	„	„	„
„ Erzherzogthum Oestreich . . .	$1,^{04}$	„	„	„
„ Tirol	$1,^{26}$	„	„	„
„ Königreich Böhmen	$7,^{63}$	„	„	„
„ Mähren	$4,^{38}$	„	„	„
„ Königreich Hannover . . .	$5,^{38}$	„	„	„
„ Großherz. Mecklenburg-Schwerin und Strelitz.	——	„	„	„
„ „ Oldenburg . . .	——	„	„	„
„ Holstein-Lauenburg . .	——	„	„	„
„ Gebiete der freien Städte: Lübeck Hamburg, Bremen . .	——	„	„	„
„ Großherzogthum Luxemburg nebst dem Herzogthum Limburg .	$13,^{33}$	„	„	„

Im Brittischen Reich wurden im Jahre 1827, besage S. 373 dieser Schrift, 13''800'000 Ctr. Roheisen erzeugt.

Jetzt werden jährlich über 25 Millionen Ctr. Roheisen producirt.

Die englische Nation kann also — da die Einwohnerzahl 28 Millionen beträgt, folglich ungefähr

112 Pfd. Roheisen pr. Kopf

kommt, — ihre Eisenerzeugung nicht selbst verbrauchen; sie muß dieses Metall, sowohl in rohem Zustande, als zu allerhand Eisen- und Stahlwaaren verarbeitet und verfeinert, in das Ausland abzusetzen suchen.

Dies wird von der englischen Regierung durch angemessene Ausfuhr-Prämien befördert. Daher können sie billigere Preise, die ihre eigenen Erzeugungskosten kaum decken,

ihr Roheisen auch Eisen- und Stahlfabrikate dem Auslande zuführen.

Die deutschen Regierungen haben bis jetzt ein solches Mittel den Export deutscher Waaren zu befördern, noch nicht angewendet.

Sollte dies nicht ein wichtiger Gegenstand der Verhandlungen bei gegenwärtigem Zollcongreß zu Cassel sein?

Denn auf diese Weise könnte die deutsche Industrie sehr befördert werden.

So wie in England, so gewinnt auch in Belgien die Eisenerzeugung eine gewaltige Ausdehnung.

In oftderwähnter Schrift wurde sie S. 386 auf 250'000 Centner veranschlagt.

Im Jahre 1837 waren dort 23 Kokshohöfen und 66 Holzkohlenhohöfen im Betrieb.

Lüttich ist wegen der Gewehrfabriken und Menge von Nagelschmieden ein wichtiger Platz für die Eisenfabriken. Die Kanonengießerei in Brüssel hatte im Jahre 1835 (m. s. S. 386 der Schrift) eine bedeutende Bestellung aus Deutschland erhalten. — Wenn die deutschen Regierungen einig wären — wenigstens durch den Zollverein jetzt vereinigt werden könnten, — so brauchten sie nicht Kanonen im Ausland gießen zu lassen!

Seit dem Jahre 1837 sind in Belgien noch 20 neue Kokshohöfen dazu gekommen, darunter befinden sich 6 von dem größten Umfang, welche eine lüttischer Gesellschaft in Betrieb gesetzt hat.

Das jährliche Erzeugniß an Eisen wurde 1840 zu 147'640 Tonnen, à 20 preuß. Ctr.,

= 2''952'800 Ctr.

angeschlagen, und soll seitdem beständig zugenommen haben.

Dr. Ungewitter giebt in seiner neuesten Erdbeschreibung im Jahre 1844 im Königreich Belgien die Einwohnerzahl auf 4''150'000 an.

Hiernach kommt

71,[16] Pfd. pr. Kopf.

Belgien kann so viel im Lande nicht consumiren; es muß also auch wie England sein Eisenerzeugniß nach auswärts abzusetzen sich bemühen.

Aber auch in einzelnen Staaten Deutschlands steigt das Eisen-Ausbringen.

Beispielsweise folgt hier nur

A) von den preußischen Staaten und

B) von Böhmen

dieser Nachweis.

In der ersten Tabelle meiner im Jahre 1836 herausgegebenen Schrift: „Die Eisenerzeugung Deutschlands" rc. ist S. 352 und 353, das

A) in den preußischen Staaten

damals erlangte Roheisen-Ausbringen durchschnittlich auf

1''650'000 Ctr. jährlich

angegeben werden, und zwar:

a) in den Prov. Ost- und Westpreußen
b) im Großherzogthum Posen
c) in der Provinz Pommern } = 12'000 Ctr.
d) in der Provinz Schlesien . . . . . = 764'250 "
e) " " " Brandenburg . . = 53'000 "
f) " " " Sachsen . . . . . = 60'000 "
g) in Rheinpreußen u. Westphalen = 760'750 "

Nach Dr. J. E. Glasers Angabe in seiner „Widerlegung der Behauptungen der Freihändler über das deutsche Eisenhütten-Gewerbe," d. d. Frankfurt a. M. am 9. Novbr. 1848, (m. s. Nr. 18. der berg- und hüttenmännischen Zei-

tung vom 2. Mai 1849) hat das jährliche Ausbringen von Roh- incl. Gußeisen betragen:

a) in Schlesien,

im Jahre 1845	. . . . .	721'715 Ctr.
" " 1846	. . . . .	988'739 "
" " 1847	. . . . .	1''300'000 "

in diesen 3 Jahren in Summa = 3''010'454 Ctr.

also gemeinjährig:

= 1''003,485 Ctr.

b) in Westphalen,

im Jahre 1845	. . . . .	26'882 Ctr.
" " 1846	. . . . .	40'380 "
" " 1847	. . . . .	49'055 "

und in den preußischen Rheinprovinzen,

im Jahre 1845	. . . . .	595'826 "
" " 1846	. . . . .	725'385 "
" " 1847	. . . . .	1''072'736 "

in diesen 3 Jahren in Summa = 2''510'274 Ctr.

In diesen beiden Provinzen also gemeinjährig:

= 836'758 Ctr.

Besage der oben aus meiner Schrift ausgezogenen Angaben, betrug das durchschnittliche Ausbringen von mehreren Jahren

a) in der Provinz Schlesien . . . 764'250 Ctr.

Da nach Dr. Glasers Angabe in den 3 Jahren von 1845 bis mit 1847 das Ausbringen in Schlesien

gemeinjährig

1''003'485 Ctr.

betragen hat, so ist in neuerer Zeit, gegen 10 Jahr früher, alljährlich

239'235 Ctr. Roheisen

mehr erzeugt worden.

b) in Rheinpreußen und Westphalen
= 760'750 Ctr.

Nach Glasers Angabe, in den 3 letzten Jahren gemeinjährlich
836'758 Ctr.

Es ist also in diesen Provinzen, gegen 10 Jahr früher, alljährlich
76'008 Ctr. Roheisen
mehr erzeugt worden.

B) von Böhmen

ist, nach den S. 317 bis 328 gegebenen Erläuterungen, in der zweiten Tabelle meiner Schrift S. 356 und 357, das Roh- und Gußeisen-Ausbringen von den vier Jahren 1831 bis mit 1834, durchschnittlich berechnet, auf
294'000 Ctr.
angegeben worden.

Denn es hat der Professor Balling in seiner Schrift „die Eisenerzeugung in Böhmen, geschichtlich, statistisch und nach ihrem gegenwärtigen Betriebe dargestellt", (Prag, 1849) über die Roheisenerzeugung und über das jährlich stattgefundene Steigen oder Fallen derselben auf S. 6 bis mit 13 von allen böhmischen Eisenwerken ausführliche Nachricht mitgetheilt.

Hiernach betrug sie

im Jahre 1831	. . .	310'042 Ctnr.
„ „ 1832	. . .	283'784 „
„ „ 1833	. . .	278'869 „
„ „ 1834	. . .	303'032 „
	in Summa	1''175'717 Ctnr.

Es kommt durchschnittlich auf Ein Jahr
293'929 Ctnr.

Um der Abrundung Willen war, lt. oben:
294'000 Ctnr.
angegeben worden.

Nach **Balling** betrug das Ausbringen in den letzten **vier Jahren**

im Jahre	1844	. . .	506'162 Ctnr.
" "	1845	. . .	483'469 "
" "	1846	. . .	486'514 "
" "	1847	. . .	506'261 "
	in Summa		1''982'206 Ctnr.

Hiernach kommt durchschnittlich auf **Ein Jahr**

495'601½ Ctnr. oder: in runder Zahl:

495'600 Ctnr.

Es ist also in neuerer Zeit, gegen 10 Jahre früher, in **Böhmen** alljährlich

201'600 Ctnr. Roheisen

mehr ausgebracht worden.

Man kann annehmen, daß das Roheisen-Ausbringen durchgängig zu Stangen-, Reif-, Stab-, Huf-, Zeug-, Nagel-Eisen, zum Theil auch zu Eisenbahnschienen, zu Schwarz- und Weißblech verarbeitet wird, — und obgleich ein Theil davon zuvörderst zu Ofen-, Maschinen- und Potterieguß in den Gebrauch kommt, so wandert es doch endlich als Alteisen in die Frisch- oder Puddlings-Feuer und wird in den Hammer- oder Walzwerken zu jenen Schmiedewaaren, auch zu Aexten, Ketten, Pflugschaaren, Schaufeln, allerhand Werkzeugen und Waffen für das Militär, für die Jagd, durch die Schmiede, Schlosser, Messerschmiede, Feilenhauer, Schwerdtfeger, Nagel- und Zweckenschmiede u. s. w. verarbeitet.

Wenn das Roheisen dann in allerhand Gestalt in den Handel kommt, dabei ein Gewichts-Abgang von 40 p. C. und ein Werth von nur 6 Thlr. pr. Ctnr. durchschnittlich anzunehmen ist, so hat

der National-Reichthum

in **Schlesien**,

bei einem um 239'235 Ctnr. jährlich sich vermehrten Roh-
eisen-Ausbringen,

von 239'235 ab 40 p. C. = 143'520 × 6 = 861'129 Thlr.

und der

in den preuß. Rheinprovinzen und Westphalen,

bei einem um 76'008 Ctnr. jährlich sich vermehrten Roh-
eisen-Ausbringen,

von 76'008 ab 40 p. C. = 45'600 × 6 = 273'620 Thlr.,

in Böhmen,

bei einem um 201'600 Ctnr. jährlich sich vermehrten Roh-
eisen-Ausbringen,

von 201'600 ab 40 p. C. = 120'960 × 6 = 725'760 Thlr.

alljährlich gewonnen!

Welche Menge von Berg-, Hütten- und Fuhrleuten, auch Handwerker ist dabei ernährt worden!

In der alten Zeit erkannte man schon die Wichtigkeit des Eisens. Beispiele, wo Eisen gegen Gold eingetauscht wurde, sind aus der Geschichte bekannt.

Für Pflug und Schwert, für Krieg und Frieden ist es ein unentbehrliches Metall.

In neuerer Zeit ist die Anwendung des Eisens so allgemein geworden, daß kein anderer berg- und hüttenmännischer Industriezweig, kein Studium der Mineralogie und Metallurgie mehr geeignet ist, auf die National-Betriebsamkeit und den National-Wohlstand einen größeren Einfluß zu äußern, als die Eisenhüttenkunde!

Das Eisen-Berg- und Hüttenwesen, Eisen und Stahl, bildet jetzt den Hauptnerv der vorzüglichsten Manufacturen und Fabriken.

Englands Größe, als Industrie-Staat, beruht ganz besonders auf seine kolossale Eisen-Erzeugung! In Peels berühmter Rede am 6. Febr. 1846 war die Einführung eines Schutzzoll-Systems der Schwerpunkt seiner Beweisgründe für die Erhaltung und mit der Zeit fortschreitenden Industrie Englands.

Daß die Deutschen im Mittelalter für England, Frankreich, Rußland, Schweden u. s. w. die Lehrmeister waren, das besagt die Geschichte. Auch in der neueren Zeit wurde der vollkommneren Ausbildung der Eisenhüttenkunde, des wichtigsten Hebels der National-Industrie, als Wissenschaft, durch Werner von Freiberg aus, der Impuls gegeben. Da, wo gute Erze und Brennmaterialien vorhanden waren, erhob sich dieser Zweig der National-Industrie, wie in Schweden und in der neueren Zeit in England, dann auch in Deutschland in mehreren Gegenden, durch praktische Ausführungen.

Da jetzt der in Kassel versammelte Congreß mit zeit- und sachgemäßer Regulirung des Zolltarifs beschäftigt sein wird, so ist zu wünschen, daß die Zollsätze, wodurch Deutschlands Eisen-Berg- und Hüttenwesen dem Bedürfniß gemäß besser erhoben werden kann, als es unter den zeitherigen Zollsystemen möglich war, reiflich erwogen und die Behauptung des Handelsstandes, zu Gunsten der Consumenten den Eingang des außerhalb Deutschland erzeugten Roheisens, so wie den Eingang aller Eisen-, Blech- und Drahtfabrikate, auch Eisenbahnschienen, Locomotiven u. d. m. nur mit mäßigen Zoll zu belegen, widerlegt werden möge.

In §. 12 meiner Schrift S. 103 sind die Maßregeln zur Aufhilfe und Erhaltung des Eisen-Berg- und Hüttenwesens in Deutschland angegeben worden.

Es ist dabei mit erläutert und angegeben, wie dem Nachtheil, der durch Erhöhung der Eingangszölle für die Consumenten befürchtet wird, und die Eisen-Industrie andern Gewerben gegenüber ein Monopolium erlangen möchte, zu begegnen möglich sei.

Die dem Freihandelssystem Huldigenden behaupten: es sei für die deutsche Industrie Eisen und Stahl des Auslandes und die daraus gefertigten Fabrikate unentbehrlich. Allein die Erfahrungen und die jüngsten Industrie-Ausstel-

lungen in Berlin und in Leipzig haben bewiesen, daß Alles, was aus diesem Metall im Ausland gefertigt wird, eben so gut in Deutschland auch gefertigt werden kann.

An guten Mineralien und Brennmaterialien fehlt es in unserm gesammten deutschen Vaterlande nicht

z. B.: Rheinpreußen ist eben so wie Oberschlesien für alle zum Zollverein gehörenden deutschen Länder, im Bezug auf Eisen- und Stahlerzeugung, von hoher Wichtigkeit.

Der Odenwald und Westerwald, auch wohl der Diezer und Birlenbacher, liefern die Kohlhölzer für die Eisenproduction in den Rheinprovinzen. Außerdem giebt es auch gute Steinkohlen in verschiedenen Districten, z. B. im Regierungsbezirk Münster und Minden.

Im Siegenschen und im Sainischen findet man Spatheisenstein und Brauneisenstein. Im Stahlberg an der Martinshart bricht dieses Mineral ungewöhnlich mächtig und zwar 12 Lachter. Dieser Müssener Stahlberg, seit länger als 600 Jahre berühmt, ist jetzt noch eines der wichtigsten Grubengebäude in der ganzen preußischen Monarchie.

Zwei Stunden unterhalb Koblenz liegt das große Königl. Preuß. Eisenschmelzwerk zu Sain an der Sain. Der Hohofen liefert im Durchschnitt gegen 700 Ctnr. Roheisen pr. Woche. Dies Ausbringen ist lediglich für die Gießerei, vorzüglich zum Kanonen- und Munitionsguß bestimmt. Die preußischen Rheinfestungen werden von hier aus versorgt. *)

Die Provinz Schlesien, namentlich Oberschlesien, ist gesegnet an Eisenerz, Steinkohlen und Holz. Von dem großen Vorrath an Eisenerz, welcher zur Versorgung der dortigen Königl. und Privat-Eisenwerke mehr als ausreichend ist, kann man sich eine Vorstellung machen, wenn

*) Ein Mehreres darüber in oftangezogener Schrift, S. 165 ff.

man erwägt, daß das Thoneisensteingebirge im aufgeschwemmten Lande sich in Oberschlesien und dem benachbarten Polen sehr weit verbreitet.

Ober- und Niederschlesien hat noch große Waldungen, größtentheils aus Kiefernholz bestehend. In den mehr bevölkerten Gegenden fängt der Ueberfluß zwar an sich zu vermindern, allein wohlthätig hat die Hand des Schöpfers in Ober- und Niederschlesien für Steinkohlen gesorgt. Den größten Reichthum hat Oberschlesien, im Gleiwitzer, Ratiborer und Hultschiner Revier. *)

Eine gleichmäßige Erhöhung des Preises für das Roheisen, für die Gußwaare, für alles geschmiedete Eisen in Stangen, so wie des daraus gefertigten Bleches und Drahtes und aller übrigen, aus diesem Metall bereiteten Fabrikate, ist aber bei allen für Rechnung der Regierungen und der Privaten betriebenen Eisenproductionsanstalten, welche in den Zollvereinsstaaten liegen, nöthig, wenn sie in einem gedeihlichen Betrieb erhalten werden sollen. **)

Die jetzt immer mehr ausgeführten Eisenbahnen machen es möglich, mit geringem Transportkosten-Aufwand aus den Gegenden, wo ein größeres und wohlfeileres Ausbringen an Eisen und Stahl stattfindet, den Ackerbau und die Fabriken in denjenigen Gegenden Deutschlands mit diesem Metall hinreichend zu versorgen, wo das Ausbringen geringer ist, oder we-

*) Ein Mehreres darüber in oftangezogener Schrift S. 128 ff.

**) Darum dürfte wohl die im §. 19. S. 431 der Schrift angegebene Regulirung des Eisen- und Stahl-Absatzes in Deutschland, namentlich in den Zollvereinsstaaten, und gleichförmige Bestimmung des Preises dieses Metalles, der Beachtung werth befunden werden. S. 434 ff. folgt dem §. 19 eine Zusammenstellung der Preise vom Roheisen, von Gußwaaren, Schmiedeeisen, Stahl, Blech, Pflug- und Schaareisen, Eisen- und Stahldraht für die von den Eisenhüttenwerken entfernten Fabrik- und Handelsplätze, also incl. Transportkosten.
Der Verf.

gen Mangel an Erz und Brennmaterial dergl. gar nicht erzeugt werden kann.

Die Einigung Deutschlands in einem gleichmäßigen Zolltarif, die Vereinigung aller Zollmaaßregeln in ein System, würde auf den Betrieb des Eisen-Berg-Baues und der Hüttenwerke in allen Gegenden Deutschlands, auf jeden Fall vortheilhaften Einfluß haben und durch diesen wichtigen Hebel der National-Industrie die allgemeine Volkswohlfahrt nachhaltend befördert werden können.

Wenn aber Handel und Gewerbe zwischen den deutschen Völkern und dem Auslande durchgängig frei gegeben und bei den Bergwerksproducten und den daraus erlangten Waaren keine Ausnahme gemacht, besonders die im Inland aus inländischen Eisen und Stahl gefertigten dergl. Waaren, nicht durch erhöhten Zoll gegen die Concurrenz mit dem Auslande geschützt werden sollte, so würde das Eisen-Berg- und Hüttenwesen in Deutschland dann noch mehr sinken und mehre Millionen Thaler dem Inlande entzogen werden, wobei der ärmere Theil der Bevölkerung Deutschlands empfindlich leiden und zum Auswandern seine Zuflucht zu nehmen genöthigt werden würde.

Jeder Einsichtsvolle, er gehöre dem Fabrik-, Gewerbe- oder Handelsstande an, sieht einer traurigen Zukunft für alle jetzt ohnedem sehr niedergedrückten, gewerblichen Verhältnisse entgegen, wenn nicht gleichförmig und zeit- und sachgemäß geregelte Gewerbeordnungen, gleichförmige Zollverhältnisse gegen das Ausland und gesetzliche Bestimmungen für alle Gewerbe des Acker- und Bergbaues, aller landwirthschaftlichen und metallurgischen Industrieanstalten, recht bald in das Leben treten. Denn durch das Freihandels-System kann die deutsche Volkskraft, der Acker- und Bergbau **nicht** gehoben werden.

In Gemäßheit der zwischen den Regierungen sämmtlicher Zollvereinsstaaten im Frühjahr 1848 getroffenen Verabredungen, waren von allen seidenen Zeug- und Strumpfwaaren, Tüchern, Blonden, Spitzen, Posamentir-, Knopfmacher-, Sticker- und Putzwaaren, auch von allen Waaren, in welchen außer Seide und Floretseide auch andere Spinnmaterialien: Wolle, Thierhaare, Baumwolle, Leinen enthalten sind, von Kameelgarn, Garn aus Wolle und Seide u. s. w. welche vom 3. Octbr. bis 31. Decbr. 1848 über die Grenzen des Zollvereins eingingen oder während dieses Zeitraumes zum Eingang verzollt wurden, außer den nach dem Zolltarif für die Jahre 1846 bis 1848 zu entrichtenden Zollsätzen bedeutende Zuschläge erhoben worden.

Warum nicht auch von Eisen und anderen Metallen und von daraus gefertigten Waaren, Instrumenten, Maschinen, Gewehren und andern Erzeugnissen deutscher Berg- und Hüttenwerke???

Baiern, Preußen, Sachsen, Thüringen, Hessen, Westphalen ꝛc. ꝛc. haben viel Berg- und Hüttenwerke, alle könnten schwunghafter betrieben, tausende von Arbeitern dabei noch beschäftigt werden.

Warum wird den berg- und hüttenmännischen Industrie-Anstalten nicht auch durch angemessene Erhöhung der Eingangszölle geholfen?

Das Ausland, namentlich Belgien und England würde dann allerdings mit seinen Eisen- und Stahlfabrikaten, Maschinen ꝛc. von den Marktplätzen Deutschlands verdrängt werden.

Verdienen denn aber die deutschen Berg- und Hüttenleute, die Gewehrfabrikanten, Maschinenbauer, Schlosser, Schmiede und alle Handwerker, welche Eisen, Zinn, Zink, Blei, Messing, Kupfer ꝛc. verarbeiten, nicht eben so wie die Flachs-, Woll- und Baumwollenweber, Spinner, Posamentirer u. s. w. einige Beachtung??

